

## Austritt eines enttäuschten Mandatsjägers

Ein leitender Kämpfer für „gewerkschaftliche und politische Moral“

Der Gewerkschaftsangehörige Rodenstock, Duisburg, ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten. In der sozialdemokratischen Presse erschien in großer Aufmachung sein Austrittsbrief, in dem Rodenstock schreibt, „er lehre aus Gründen der gewerkschaftlichen und politischen Moral“ der SPD den Rücken. Rodenstock tut so, als ob er nach langem innerlichen Ringen zu seinem Entschluß gekommen sei.

Im schärfsten Kontrast dazu steht aber die Tatsache, daß sich Rodenstock noch mit größtem Eifer um ein Mandat zum Reichstag oder Landtag bewarbt. Neben persönlichen Schritten richtet er Schreiben an die Bezirksleitung der SPD Ruhrgebiet und an das ZK der Partei. Sein Freund Fackin, der jetzt mit ihm geht, betonte darin, daß Rodenstock um jeden Preis an ausschlaggebender Stelle aufgestellt werden müsse.

Rodenstock wurde auch ursprünglich als Reichstagskandidat aufgestellt. Als er sich aber bei der Lohnbewegung der Gemeindearbeiter schwere Verfehlungen gegen die Arbeitererschaft zuschulden kommen ließ, wurde er auf einstimmigen Beschluß der Bezirksleitung Ruhrgebiet wieder gestrichen. Erst nachdem Rodenstock diesen Beschluß erfuhr, trat er aus der SPD aus und folgte nun der Partei, zu der er nach seinem ganzen Verhalten gehört, der SPD.

Die „moralischen Strupel“ Rodenstocks erfahren also eine verblüffend einfache Aufklärung. Eine starkbesuchte Parteiarbeiterkonferenz in Duisburg nahm denn auch einstimmig eine Resolution an, in der erklärt wird, daß der Abgang Rodenstocks kein Verlust für die Partei bedeutet und diese damit über den Fall zur Tagesordnung übergeht.

## Mit Zuderbrot und Peitsche

Deutschnationale Wahlmethoden

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei in Schiefen hat an ihre großagrarischen Vertrauensleute ein Rundschreiben mit dem Vermerk: „Geheim. Nach Durchlesen sofort zerstören“ erlassen. In diesem Rundschreiben wird die Zeitung „Landvolk“ als besonders wertvolles Agitationsmaterial für die Arbeiter auf den großen Gütern empfohlen. Es wird vorgeschlagen, daß die Großagrarien diese Zeitung für die Arbeiter durch die Post abonnieren. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Es ist Ehrensache, daß jeder deutsche Völkler dafür sorgt, daß keine Arbeiter deutschnational wählen. Gerade der größte Völkler muß bedenken, daß seine Macht nur in der Gesellschaft der Arbeiter beruht. Auswendungen um Geld an die Arbeiter, Drohungen in bezug auf Abzug außerordentlicher Beiträge müssen in Erwägung gezogen werden. Jeder Familie einen Taler versprochen, wenn die Wahl gut ausfällt, dürfte Wunder wirken. Seid nicht heimlich! Reichstagswahl ist nicht jedes Jahr. Am Wahltag selbst ist Schlepperdienst zu organisieren und Leute zu bestimmen, die in den Wahllokale anwesend sind und feststellen, wer noch nicht gewählt hat.“

Kommentar ist überflüssig.

## Der sozialistische Bund stimmt für die SPD

In der Monatsnummer der Zeitschrift des Internationalen sozialistischen Bundes „Zf“ wird zu den Wahlen am 20. Mai Stellung genommen und allen Mitgliedern empfohlen nur der kommunistischen Partei die Stimme zu geben.

Diese Stellungnahme ist zu begrüßen, zu wünschen wäre nur noch, daß die Mitglieder des Internationalen sozialistischen Kampfbundes nicht nur am 20. Mai Kommunisten wählen, sondern sich auch aktiv an der Wahlkampagne beteiligen und für die SPD eintreten.

## Keine Beförderung von Streifgütern

Duisburg, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der DKB Duisburg hat gestern die Betriebsräte der rheinischen Hafenanlagen zusammengerufen. Es ist der Beschluß gefaßt worden, die Güter, die von Streifgebieten kommen, nach dem Werkplan nicht zu befördern. Dem Verkehrsband wurde anheimgegeben, sich an den Hauptvorstand und an die Bezirksleitung des DKB zu wenden und einen Beschluß herbeizuführen, daß das Personal der Werften aufgefördert wird, weitere Solidaritätsmaßnahmen mit den kämpfenden Hafnarbeitern durchzuführen.

## Klassenjustiz

### Die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion vor Gericht

Baugen, 9. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich die vier kommunistischen Stadtverordneten Baugens am Dienstag wegen Beleidigung des Amtsgerichtsrates Hüster zu verantworten. Die Mitglieder der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion hatten den Amtsgerichtsrat Hüster, der kürzlich als Einzelrichter einen kommunistischen Stadtverordneten wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu vier Wochen Gefängnis, einen zweiten zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt hatte, dieletztere als einen „militärischen Klassenrichter“ bezeichnet. Das Schöffengericht verurteilte zwei der angeklagten Kommunisten zu je 120 Mark Geldstrafe, einen zu 100 Mark und den vierten kommunistischen Stadtverordneten zu 80 Mark Geldstrafe bei dreijähriger Bewährungsfrist.

Mit diesen Methoden sollen die Kommunisten mundtot gemacht werden, damit die Reaktionen in Baugen ungeföhrt ihre laubdicken Geschäfte zum Schaden der werktätigen Bevölkerung fortsetzen können. Die Herren werden sich verrechnen. Andere Genossen werden nach wie vor die Interessen der Ausgebeuteten mit aller Energie vertreten.

### 600 Mark für Theresie Neumann

Genosse Thomas wegen Beleidigung des katholischen Klerus verurteilt.

Der verantwortliche Redakteur des „Roten Echo“ in Erfurt, der Genosse Otto Thomas aus Jena, stand heute vor dem erweiterten Schöffengericht in Erfurt, um sich wegen Beschimpfung der katholischen Kirche zu verantworten, die er dadurch begangen haben soll, daß im „Roten Echo“ im Dezember 1927 ein Artikel über die heilige Kette von Konnersreuth erschien unter dem Titel: „Der Volksbetrug von Konnersreuth“. In dem Artikel ist es u. a.: „Wir werden den Schiefer des Mystizismus in die tiefsten Teile zerlegen, damit die Bevölkerung einmal klar sieht, wie sie belogen und betrogen wird nur deshalb, weil die Kirche

## 4. Reichstreffen des NSD

Die Vorbereitungen in vollem Gange

Durch die Thüringer bürgerliche Presse geht eine Note, die die Lage nach der Vertagung des Gesamtverbands des NSD blühend beleuchtet. Diese Note, die auch von der Frankfurter Zeitung gebracht wurde, enthält folgende wichtige Stelle:

„Die Thüringer Regierung wird, wie nach der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts anzunehmen war, zunächst kein Verbot des Roten Frontkämpferbundes erlassen. Man will jedoch an den zuständigen Stellen das Verhalten des Roten Frontkämpferbundes in Thüringen genau beobachten und ein Verbot dann ins Auge fassen, wenn sich Vorfälle wie bei dem Stahlhelmtag in Altenburg wiederholen sollten.“

Mit anderen Worten: Wenn der Stahlhelm ähnliche Zusammenkünfte propagiert wie in Altenburg, soll der NSD verboten werden.

Mit ähnlichen Plänen trägt sich die Regierung in Württemberg, sowie bekanntlich auch Herr Keudell und die gesamte Bourgeoisie herum.

Aber auch die Arbeitererschaft begreift die politische Bedeutung der kaum verhüllten Verbotskampagne, die seit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes weitergeht. In den Diskussionen, die in den Betrieben geführt werden, spielt in Verbindung mit den Wahlen das Verbot des NSD die größte Rolle. Mit Recht erblickt man in der steigenden Aktivität des NSD ein Zeichen für die steigende Aktivität der Klassenbewußten Arbeitererschaft überhaupt. Und nichts kennzeichnender besser diese steigende Aktivität als die Tatsache, daß die Rote Front imhinde ist, in Verbindung mit dem Wahlkampf auch den außerparlamentarischen Kampfaufmarsch, den Abschluß der gesamten Wahlkampagne am 27. und 28. Mai zu organisieren.

Die Vorbereitungen zum 4. Reichstreffen des NSD in Berlin sind in vollem Gange. Gerade in den Betrieben, wo die

werkstattige Bevölkerung am meisten unter dem Stahlhelm-Terror zu leiden hat, ist der Ruf zum roten Frontkämpfer mit der größten Begeisterung aufgenommen worden. Die Propaganda ündigt eine fünfmal härtere Beteiligung als im Vorjahre an. Bis jetzt hat bis jetzt bereits mehr als 400 Teilnehmer zu verzeichnen.

Auch die großen Gauen machen einer nach dem anderen ihre Sonderzüge an. So steht bis jetzt fest, daß

Erzgebirge-Bohland 3 Sonderzüge  
Wallerante 2 Sonderzüge

um, bereits festgelegt haben.

In viele Tausende geht die Zahl derjenigen Kameraden, die mit Automobilen kommen wollen. Überall tragen die Vorbereitungen zum 4. Reichstreffen der Roten Front, wo sie rechtzeitig einsehen, dazu bei, daß die Wahlkampagne dadurch noch mehr belebt und verhärtet wird, der 20. und der 27. Mai in Bewußtsein der Arbeitererschaft zu einer einzigen Aktion der Roten Front verwandelt.

Der Kampfaufmarsch am 27. Mai hat auch außerhalb Deutschlands lebhaftes Echo gefunden. Die Schweizer Arbeiterbewegung lündigt starke Delegationen aus Basel und Zürich an. Aus England wird eine 20 Mann starke Delegation der Arbeiterliga ehemaliger Frontkämpfer, die mit dem NSD verwandte Ziele verfolgt, erscheinen. Delegationen werden auch von anderen Bruderorganisationen zum Reichstreffen in Berlin lündet.

Kameraden! Genossen! Wie sieht es mit den Vorbereitungen zum Reichstreffen bei euch aus? Habt ihr im Betrieb schon eure Delegation gewählt? Habt ihr in der Ortsgruppe, in der Straßengruppe zum Reichstreffen Stellung genommen? Am 20. Mai: Alle Stimmen für die SPD, für die Liste 51 Am 27. Mai: Alles heraus zur Freierbau der kampfbereiten roten Massenfront!

## Die Kandidaten der Opposition zu den Wahlen im Fabrikarbeiterverband

Zum Gewerkschaftsfongreß nur Nr. 6: Max Silbermann, Waldheim bei Chemnitz, wählen, alle anderen 6 Kandidaten streichen.

Zum Verbandstag: Berthold Schädlich, Glasmacher, Wilhelm Klein, Chemiarbeiter, Waldemar Krause, Papierarbeiter.

Für Zahlstelle Dresden: Walter Huttschneiter, Porzellanmaler, Wilhelm Herzog, Glasmacher.

Für Zahlstelle Baugun: Max Sottak, Grobdubrau, Betrieb Adolfsbütte, W. Stellmacher, Wismutwerda.

Für Zahlstelle Freiberg: Alle streichen, da kein oppositioneller Kandidat, aber zum Gewerkschaftsfongreß Nr. 6 wählen.

Für Zahlstelle Heidenau-Pirna: Karl Petters, Pirna.

Für Zahlstelle Sebnitz: Josef Hagberg, Sebnitz.

Für Zahlstelle Jittau-Radeberg: Hans Wächler, Radeberg.

Für Zahlstelle Ottendorf-Oerlitz, Schmewitz, Radeburg, Großenhain: Als Protest alle Kandidaten streichen. In Ottendorf-Oerlitz kein oppositioneller Kandidat, da rechtzeitige Mitgliederversammlung verhindert, aber zum Gewerkschaftsfongreß Silbermann, Waldheim wählen.

Die Wahllokale werden am Ende der Woche in der Zeitung bekanntgegeben.

## Streikpostenstreichen verboten!

Das Arbeitsgericht Duisburg hat den streikenden Rheinlöhner durch eine einstweilige Verfügung verboten, Streikposten aufzustellen. Im Falle der Zuwiderhandlung werden Geldaussetzungen angedroht. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist, wie die Schlichtungsordnung, ein Anbelungsgericht zum Raub der Streikfreiheit.

Dafür hat im Reichstag die SPD gestimmt!

Die kommunistische Partei hat mit aller Kraft dagegen gestimmt, daß die reaktionären Berufsrichter die Vorhänge der Arbeitseier sein sollen. Aber gemeinsam mit den Deutschnationalen hat die SPD das schändliche Anbelungsgericht durchgedrückt. Arbeiter, sieht daraus die Lehre!

Kämpft mit der SPD für die Streikfreiheit!

## Beleidigungsarbeiter von Dresden!

Am 14. Mai findet die Wahl der Delegierten zum Verbandstag der Beleidigungsarbeiter statt. Wahlzeit 1.30 bis 7.30 Uhr.

In Dresden, Freiberg, Meißen und Sebnitz sind zum Verbandstag drei Delegierte zu wählen. Die Opposition hat als Kandidaten die Kollegen Weber und Spitz in Dresden aufgestellt. Es gilt, nur diesen beiden Oppositionellen Weber und Spitz die Stimme zu geben. Sämtliche anderen Kandidaten sind zu streichen.

In Dresden sind die Wahllokale folgende: 1. Schönländisches Beleidigungswerk, 2. Panische Krone, Neumarkt, 3. Schnabs Kolhof, Kleine Blauenische Gasse, 4. Radeberger Bierhallen, Hauptstr. 11, 5. Bureau Schützenplan.

Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Stimmt alle für die Kandidaten der Opposition Weber und Spitz!

## Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der USSR gefordert

Romow, 9. Mai. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Alexander Jurupin, in der Arm im Alter von 58 Jahren einem Verfall erlegen. Jurupin spielte beim Aufbau der russischen kommunistischen Partei eine bedeutende Rolle und besaß das besondere Vertrauen Stalins. Er war Agronom und hat in der geheimen Arbeit der russischen kommunistischen Partei zum Sturz des Zarismus eine wichtige Rolle gespielt. Jurupin war lange Jahre nach Turukansk verbannt, doch gelang es ihm, von seinem Verbannungsort in Flüchten und seine revolutionäre Tätigkeit fortzusetzen. In Beginn der Oktober-Revolution wurde er von Lenin mit dem Bau der russischen kommunistischen Partei beauftragt und spielte in der Heeresrevolution eine bedeutende Rolle. Er war 1923 in das Zentralkomitee der kommunistischen Partei gewählt worden und hatte gemeinsam mit Stalin die Reorganisation der Partei durchzuführen. 1926 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion ernannt. Das Zentralkomitee teilte in einem Aufruf mit, daß der Tod Jurupins einer der schwersten Verluste für die gesamte kommunistische Bewegung in der Sowjetunion ist. Die kommunistische Internationale und die kommunistischen Gewerkschaften haben dem Zentralkomitee ihr Beileid ausgesprochen. Zu seinem Nachfolger ist einstweilen der Vorsitzende der zentralen Kontrollkommission Ordshonotidze bestellt worden.

## Vom Tage

### Vor dem Nordpolflug Robbles noch zwei Erkundungsfüge

Berlin, 9. Mai. (Telunion.) Die Nachtausgabe meldet aus Kopenhagen: General Robble hat sich entschieden, vor dem eigentlichen Nordpolflug erst noch einen bis zwei größere Flüge nach Osten zu unternehmen. Er glaubt, bei dieser Gelegenheit wichtige Erfahrungen sammeln zu können. Der erste Erkundungsflug soll dem Kaiser-Franz-Joseph-Land oder Ritolaus-Land gelten. Auf dieser Fahrt sollen auch neue Meßinstrumente, die General Robble zum erstenmal in Gebrauch hat, ausprobiert werden.

### Nordpolflug am Freitag

Berlin, 9. Mai. (Telunion.) Wie das Berliner Tageblatt aus Kopenhagen erfährt, wird nach einem Telegramm aus Spitzbergen, General Robble mit der „Italia“ am Freitag den Flug nach dem Nordpol fortsetzen.

### Bergwerkskatastrophe in Columbian

Berlin, 9. Mai. (Telunion.) Wie das 8-Uhr-Abendblatt aus Bogota meldet, hat sich nach Wessungen aus Rio Suro (Departement Caldas), ein folgenschwerer Stollensturz in der dortigen Mine Bendoceros ereignet. Nach den bisherigen Feststellungen sind 18 Grubenarbeiter getötet und eine große Anzahl mehr oder minder schwer verletzt worden. Es steht zu befürchten, daß zahlreiche Bergleute durch die einseitigen Rettungsmaßnahmen verdrückt wurden, für deren Rettung nur wenig Hoffnung vorhanden ist.

### Eisnat auf Grönland

Kopenhagen, 9. Mai. (Telunion.) Wie die „Berlingske Tidende“ aus Grönland meldet, hat das Land in sehr unter Eis not zu leiden, wie es seit 1921 nicht mehr der Fall war. In der Küste erstreckt sich ein Wellenmeer 40-50 Seemeilen breiter Eisgürtel. Alle Sunde und Fjorde sind gesperrt. Die Dutzende bereits Haab und Jalgut sind vollständig vom Schiffsverkehr abgeschnitten.

### Acht Kommunisten in Italien verurteilt

Rom, 9. Mai. (Telunion.) Der Sondergerichtshof zum Schutze des Staates verurteilte acht Kommunisten aus Tarent wegen staatsgefährdender Propaganda zu Gefängnisstrafen bis zu zwölf Jahren.

Das Wüten Mussolinis gegen die Kommunisten beweist, daß nur sie den Kampf gegen den Faschismus führen.

**Fabrikarbeiter! Wählt nur Kandidaten der Opposition!**

**Am Sonntag, dem 13. Mai, Urwahl!**